

GZ.: MD-38650/2010
Integrationsstrategie
der Stadt Graz

Graz, 2010-12-17
Brigitte Köksal

BerichterstellerIn:

.....

Bericht
an den
Gemeinderat

Das Thema Zuwanderung und Integration hat mehrere Phasen seit Beginn der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts durchlaufen.

Der erste Schritt war der Zugang, Zuwanderer / Zuwandererinnen als „GastarbeiterInnen“ zu sehen. Die Anwesenheit war auf Zeit gedacht. Daher war es nicht nötig, eigentlich gar nicht erwünscht, dass sie sich integrieren, denn sie sollten Österreich nach einiger Zeit wieder verlassen. Tatsächlich war das in Graz bei der Personengruppe aus dem ehemaligen Jugoslawien häufig der Fall. Das Ergebnis dieses Zugangs war: die Gruppe der Immigrantinnen blieb außerhalb der Mehrheitsgesellschaft.

Die zweite Phase der Diskussion über Integration kann man unter der Überschrift „Multikulturalität“ zusammenfassen. Es ist die Zeit Mitte der achtziger Jahre bis zur Jahrhundertwende. Die Vielfalt wurde besonders herausgestrichen und es wurde betont, dass ImmigrantInnen anders sein dürfen. Gefördert wurden Selbstorganisationen. Das Bemühen, gewisse Standards der Mehrheitsgesellschaft einzufordern, wurde rasch als Assimilationszwang zurückgewiesen.

Der Erfolg war das bessere Verständnis für andere Kulturen bzw. Besonderheiten. Nicht eine Politik der Multikulturalität führte zu einem Nebeneinander, sondern eine verfehlte Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik und das Fehlen einer aktiven Integrationspolitik.

Gelungene Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe der „neuen Grazer und Grazerinnen“ am gesellschaftlichen Leben in der Stadt. Die Möglichkeit einer aktiven Partizipation ist die Basis für Integration und für ImmigrantInnen um sich mit ihrer Stadt zu identifizieren. Aktive Partizipation setzt eine gelungene Kommunikation voraus: Die Verständigungsgrundlage ist die deutsche Sprache in Wort und Schrift als gemeinsame Umgangssprache. Ein „Wir“ auf gemeinsamen Werten beruhend wird gefördert. Die kulturelle Vielfalt wird respektiert und für die gemeinsamen Ziele der Stadt Graz nutzbar gemacht. Dies ist sowohl eine Absage an ein Nebeneinander der Kulturen (Multikulturalität),

wie auch an die Stigmatisierung der ImmigrantInnen als Fremde, die sich zu assimilieren haben. Alle GrazerInnen bilden in ihrer individuellen Vielfalt und Verschiedenheit die Stadtgemeinschaft. Die Einbeziehung der Aufnahme – bzw. Mehrheitsgesellschaft ist ein zentraler Bestandteil der Integrationspolitik.

Die Gesellschaft gibt den gemeinsamen Rahmen vor, die alle als Grundlage für das Zusammenleben in Vielfalt anerkennen: Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, die Gleichstellung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Kirche.

Graz versteht sich als Menschenrechtsstadt und bekennt sich daher zur Interpretation „Zusammenfügen zu etwas Neuem“.

Österreich wird ein Zuwanderungsland bleiben und somit werden kontinuierlich Menschen einwandern und sich in unserer Stadt niederlassen. Diese Menschen müssen, das gebietet der menschenrechtliche und humanistische Zugang, die gleichen Chancen für ein erfülltes Leben vorfinden, wie die bereits ansässige Bevölkerung. Ziel muss es sein, dass jedem/jeder Einzelnen unabhängig von seiner/ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft die gleichen Teilhabechancen ermöglicht. Die Stadt Graz legt großen Wert auf die eigenverantwortliche Wahrnehmung für diese Chancen. Es ist erklärtes Ziel, das ImmigrantInnen so rasch als möglich Graz als ihre Heimat ansehen.

Dafür gibt es klar definierte Voraussetzungen und Ziele.
Bezogen auf Immigration sind diese:

1. Wir gehen davon aus, dass Menschen freiwillig nach Graz ziehen. ImmigrantInnen müssen sich bewusst sein, dass sie in Graz ein kulturelles Erbe vorfinden, das sie kennen und respektieren müssen.

Dazu stellt Graz mit dem Welcome-Paket umfassende Informationen zur Verfügung. Dieses Paket enthält alle wichtigen Informationen über unsere Stadt. Unser Selbstverständnis als Kultur-, Bildungs- und Menschenrechtsstadt. Das Welcome-Paket wird neben Deutsch in 5 weiteren Sprachen bei der erstmaligen Anmeldung in Graz über die Servicecenter verteilt. Es enthält alle wesentlichen Informationen zum Thema: Wohnen, Arbeit, Bildung, Kultur, Sport, Wirtschaft, Sozialem und öffentlichem Verkehr. Darüber hinaus organisiert die Stadt Graz über NGOs Kurse, Stadtrundgänge und Veranstaltungen, die Zuwanderern unsere Stadt näher bringen.

2. Bildung ist das wichtigste Handlungsfeld im Bereich Integration

Im Interesse einer guten Zukunft der Kinder, aber auch im sozialen und wirtschaftlichen Interesse unserer Stadt müssen wir die Bildungsanstrengungen erheblich verstärken. Bildungschancen sind Chancen für die gesellschaftliche Teilhabe, die persönliche Entwicklung und für den beruflichen Erfolg, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung und Innovationsfähigkeit unserer Stadt. Ein Ziel muss die Beschäftigungsfähigkeit jedes einzelnen /jeder einzelnen Pflichtschulabgänger/in sein. Ein weiteres Ziel ist, dass jedes Kind,

jeder/jede Jugendliche und auch jeder/jede Erwachsene unabhängig von seiner/ihrer sozialen und ethnischen Herkunft eine faire Bildungschance bekommt. Die Stadt Graz wird entsprechende Maßnahmen setzen um möglichst vielen Kindern den Zugang zur höheren Bildung zu ermöglichen. Ganzheitlich, miteinander vernetzte und aufeinander aufbauende Bildungsangebote werden benötigt.

Maßnahmen, die auf kommunaler Ebene gesetzt werden müssen sind:

- Fortführung des Projektes IntegrationsassistentInnen im Kinderbildungs- und
betreuungs Bereich
- Weiterer Ausbau von Schulsozialarbeit in Kooperation mit dem Land Steiermark
- Quantitativer und qualitativer Ausbau von Bildungs- und Berufsberatung in
Kooperation mit dem AMS
- Ausbau der Nachmittagsbetreuung und Lerncafés
- Individualbetreuung von Kindern
- Einrichtung eines Bildungsmonitorings
- Förderung von Integrationsprojekten an Schulen
- Förderung des Einsatzes von Native Speaker
- Strukturelle Unterstützung für den muttersprachlichen Unterricht
- DolmetscherInnenpool für Elterngespräche in der Schule
- Mehrsprachige Informationen der Schulen für Eltern
- Infoveranstaltungen für Eltern zum österreichischen Schulsystem, Schulalltag

3. Deutsch ist die wesentliche Voraussetzung für gelingende Kommunikation, die wiederum wesentlich ist für das gegenseitige Verständnis der BewohnerInnen.

Die Finanzierung von Deutschkursen ist in Österreich Aufgabe des Bundes. Die Stadt Graz setzt sich dafür ein, dass genügend Deutschkurse, auch mit Kinderbetreuungsmöglichkeit, in Graz angeboten werden, damit alle möglichst rasch kommunizieren und so in der Gesellschaft leichter Fuß fassen können.

- Schwerpunktsetzung, für welche Zielgruppe die Stadt Graz Sprachförderung
übernimmt (inkl. Festlegung von Qualitätskriterien)
- Evaluierung und Berichterlegung über bereits geförderte Maßnahmen
- Erprobung von innovativen Ansätzen

4. Graz erwartet von allen BürgerInnen, dass sie den säkularen Rechtsstaat befürworten und unterstützen.

Integrationskurse, die von der Stadt finanziert werden, müssen den demokratischen Rechtsstaat thematisieren.

Über den MigrantInnenbeirat wird ImmigrantInnen das Modell der repräsentativen Vertretung durch gewählte MandatarInnen näher gebracht. Ziel für die Stadt Graz ist, dass alle in Graz legal niedergelassenen BürgerInnen das kommunale Wahlrecht bekommen und dieses auch nützen.

Rechtswidrigen Systemen wie dem Clan Recht oder der Sharia wird durch entsprechende Aufklärung entgegengewirkt.

- Besonders das Recht von Frauen auf ein selbstbestimmtes Leben wird in diesem Zusammenhang betont. Die Stadt Graz bietet in Zusammenarbeit mit NGOs entsprechende Anlaufstellen an, um Mädchen und Frauen vor Zwangsehen und Gewalt zu schützen bzw. um Mädchen und Frauen zu unterstützen, den von ihnen eingeschlagenen Bildungsweg positiv zu beenden.

5. Wer nach Graz kommt soll vom ersten Tag an arbeiten dürfen.

Arbeit ist zentraler Bestandteil des Lebens. Daher lehnt es Graz ab, dass einzelne BürgerInnen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Graz war Vorreiter in Österreich in der Anstellung von AsylwerberInnen als Remuneranten. Graz appelliert daher an die Bundesregierung den Zugang zur Arbeit allen in Österreich aufhältigen Menschen zu gewähren.

Als Universitäts- und Bildungsstadt unterstützt Graz in Zusammenarbeit mit NGOs ZuwandererInnen bei der Nostrifizierung erworbener Bildungsabschlüsse. Die Stadt Graz wird dies bzgl. im Petitionsweg an die Bundesregierung herantreten.

In diesem Zusammenhang darf auch auf den Gemeinderatsbericht „Befristeter Zugang zum Arbeitsmarkt für AbsolventInnen einer österreichischen Hochschule aus Drittstaaten“ hingewiesen werden.

6. Der Wert guter Kenntnis der Muttersprache für das spätere Erlernen der deutschen Sprache, muss ZuwandererInnen bewusst gemacht werden. Die Notwendigkeit der Förderung der deutschen Sprache ab dem Kindergarteneintritt stellt einen weiteren Schwerpunkt dar.

Die Stadt Graz hat mit MUTUAL (Grazer Leitbild für Kindergärten) bereits 2004 ein Rahmenprogramm zur Integration im Kindergarten erarbeitet. Pflege der Kulturen und Bräuche (wie. z.B. Nikolo) und vermitteln der Deutschen Sprache sind Kernpunkte in diesem Projekt. Im Konzept zum Projekt MUTUAL wird festgehalten, dass für ein erfolgreiches Erlernen der deutschen Sprache eine gut beherrschte Muttersprache notwendig ist. Wenn Eltern selbst nicht fehlerfrei Deutsch beherrschen, ist es für die Entwicklung des Kindes unbedingt notwendig, dass sie mit dem Kind von Geburt an in ihrer Muttersprache reden. Im Kindergarten kann dann Deutsch unschwer erlernt werden. Der Kindergarten muss aber, entsprechend gut personell ausgestattet sein. Die Stadt Graz bekennt sich zur Notwendigkeit interkultureller AssistentInnen und wird sich ihrerseits bei der Landesregierung dafür einsetzen, dass die besonderen Rahmenbedingungen in Kindergärten mit mehr als 50% Kindern nicht deutscher Muttersprache gesetzlich verankert werden.

- Die Stadt Graz bietet parallel zu Deutschkursen auch „Muttersprachenkurse“ an, um so eine bessere sprachliche Integration für Kinder zu gewährleisten.
- Die Kindergärten werden dahingehend unterstützt, Sprachbegegnungen zu ermöglichen, um den Wert der Vielsprachigkeit Rechnung zu tragen.

7. Jeder kann in Graz sein kulturelles Erbe pflegen, er muss es aber so tun, dass es seine Nachbarn verstehen. Kultur, Musik, Speisen und Sprachen stellen einen Mehrwert schlechthin dar.

Die Stadt Graz hat einen gewählten MigrantInnenbeirat dessen Aufgabe es unter anderem ist, zwischen den verschiedenen zugewanderten Gruppen zu vermitteln bzw. deren Anliegen gegenüber der Mehrheitsbevölkerung zu vertreten.

Die Stadt Graz fördert Selbstorganisationen, legt aber großen Wert darauf, dass geförderte öffentliche Veranstaltungen von verschiedenen Selbstvertretungen gemeinsam durchgeführt werden.

8. Die Grazer Schulen brauchen verstärkt politische Bildung und Ethik-Unterricht.

Religion als Stütze für Viele um das Leben zu meistern, stellt einen großen Wert dar. Alle in Graz müssen aber über religiöse Grenzen hinweg im Dialog bleiben.

Die Stadt Graz hat daher den Interreligiösen Beirat ins Leben gerufen, an diesem nehmen VertreterInnen aller anerkannten Religionsgemeinschaften teil.

Die Stadt Graz wendet sich im Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber, um eine Stunde Ethikunterricht ab der ersten Klasse Volksschule zusätzlich zum regulären Religionsunterricht einzumahnen.

9. Jede Ebene Bund, Land, Gemeinde braucht einen konkret politisch Verantwortlichen für das Thema Integration, sowie zumindest einen konkret Verantwortlichen auf der Verwaltungsebene.

- Es werden Datengrundlagen für politische Entscheidungen im Integrationsbereich erarbeitet. Dies geschieht im Rahmen eines gemeinsamen EU-Projektes (Stockholm, Madrid, Berlin, Graz) in Kooperation mit dem ETC. Es wird ein Integrationsmonitoring (wo gibt es Handlungsbedarf, mit welchen Maßnahmen wurde was erreicht) aufgebaut.

10. Was das Gesetz einfordert, muss von den im Staat subsidiär zuständigen Verwaltungsebenen auch finanziell abgesichert sein.

Beispielweise:

Ausreichend Deutschkurse, IntegrationsassistentInnen im Kindergarten, eine zweite Pädagogin bei Klassen mit mehr als 50% Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache etc. müssen in Bundes- und Landesgesetzen verankert sein.

11. Interkulturelle Ausrichtung im Haus Graz

Ziel ist es, die aktive Teilhabe der ImmigrantInnen an kommunalen Dienstleistungen zu erhöhen und dadurch die Voraussetzungen für eine gelungene Integration zu verbessern. Dazu soll auch der Anteil der ImmigrantInnen an Beschäftigten im gesamten Haus Graz erhöht werden. Die interkulturelle Öffnung der Regeldienste und interkulturelles

Qualitätsmanagement sind zentrale Aufgaben der modernen Organisations- und Personalentwicklung. Interkulturelle Ausrichtung und Diversity Management sind notwendige Prozesse, um das Ziel, das eigene professionelle Handeln beziehungsweise die Qualität der eigenen Arbeit auch unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen sicherzustellen. Interkulturelle Ausrichtung der städtischen Dienstleistungen und interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen nicht von selbst. Interkulturalität als professionelles Handeln erfordert je nach Handlungsfeld besondere Strategien des Managements mit kultureller Verschiedenheit und Vielfalt, die meistens folgende Elemente umfassen:

- Entwicklung von Handlungskonzepten für MitarbeiterInnen für eine erfolgreiche und zufriedenstellende Arbeit mit Menschen anderer kultureller, sprachlicher, religiöser und weltanschaulicher Orientierung. Interkultureller oder kultursensibler Ansatz bedeutet dabei, dass die Menschen mit ihren spezifischen kulturellen Besonderheiten respektiert werden.
- Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Einstellung von Beschäftigten mit besonderen Sprachkenntnissen der Zuwanderungsländer – insbesondere in Dienststellen mit direktem BürgerInnenkontakt – und Aufbau von Arbeitsstrukturen, in denen alle ihre Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit ihren KollegInnen mit Migrationshintergrund erweitern und umgekehrt. Dazu werden folgende Arbeitsschritte gesetzt:
 - Aktive Bemühungen zur Rekrutierung von Personal mit besonderen Sprachkenntnissen aus den Zuwanderungsländern.
 - Schulungen und Weiterbildungsangebote zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen des Hauses Graz.
- Evaluation der Angebote der Regelversorgung auf Grundlage der Fragestellungen:
 - Erreichen Angebote ImmigrantInnen im selben Maße wie andere Zielgruppen?
 - Erhöhen diese Angebote die Zufriedenheit, die Integration und das eigenverantwortliche Handeln der ImmigrantInnen?
 - Werden genügend finanzielle und personelle Ressourcen zur Erreichung der oben genannten integrationspolitischen Ziele eingesetzt?
 - Dienen die bestehenden Förderrichtlinien und die damit verbundene Vergabe der Mittel an Dritte der Zielerreichung?

Integrationsarbeit als gemeinsame Aufgabe bekommt neue Impulse, wenn sie zusammen mit ImmigrantInnen konzipiert und durchgeführt wird. Dadurch wird die interkulturelle Kompetenz aller AkteurInnen erweitert.

In der Folge wird die Integrationsstrategie um Themen wie Wohnen (unter Berücksichtigung des Stadtentwicklungskonzepts, z.B. Ressourcenverteilung), Gesundheit, Frauen, Soziales und anderes erweitert: diese werden vom Integrationsreferat ausgearbeitet und unter Einbeziehung der zuständigen Stellen dem Gemeinderat vorgelegt, wobei für die Themenbereiche „Wohnen“ und „Gesundheit“ als Jahresschwerpunkte 2011 die

entsprechenden Integrationsstrategien vom Integrationsreferat dem Gemeinderat bis Ende des Jahres 2011 vorgelegt werden.

Es darf auch auf das 10-Punkte-Programm der Städtekoalition gegen Rassismus, welches am 22.10.2009 im Gemeinderat mit Mehrheit beschlossen wurde, erinnert werden.

Der **Ausschuss für Integration, Menschenrechte und internationale Beziehungen** stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle die Integrationsstrategie der Stadt Graz beschließen.

Die Bearbeiterin:
Brigitte Köksal
elektronisch gefertigt

Der Magistratsdirektor:
Mag. Martin Haidvogel
elektronisch gefertigt

Der Bürgermeister:

(Mag. Siegfried NAGL)

Gegen 1 Stimme der FPÖ angenommen in der Sitzung des gemeinderätlichen Ausschusses für Integration, Menschenrechte und internationale Beziehungen am 20.01.2011

Die Schriftführerin:

Die Vorsitzende:

Der Antrag wurde in der heutigen <input type="checkbox"/> öffentl. <input type="checkbox"/> nicht öffentl. Gemeinderatssitzung
<input type="checkbox"/> bei Anwesenheit von GemeinderätInnen
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit . . . Stimmen / . . . Gegenstimmen) angenommen.
<input type="checkbox"/> Beschlussdetails siehe Beiblatt
Graz, am
Der / Die SchriftführerIn: